

<b>ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN</b> Länderbericht Deutschland 2019 mit eingehender Überprüfung der Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (27.02.2019)	<b>EMPFEHLUNG DES RATES</b> zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2019 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Deutschlands 2019 (05.06.2019)
---	--

*Excerpt der beiden Texte plus eigene Berechnungen zu den Bildungsausgaben*

47,7 Mrd. € an Investitionsdefizit auf kommunaler Ebene für Schulen, Erwachsenenbildung, ... (30 % des gesamten Bedarfs) (Seite 57/ 58)

#### **BILDUNGS AUSGABEN 2017 in % des Bruttoinlandsproduktes\*** (Seite 4)

	% vom BIP *		Differenz
Deutschland	4,1 %	134,8 Mrd €	
EU-Durchschnitt	4,6 %	150,8 Mrd €	16,4 Mrd €
	5,0 %	163,9 Mrd €	29,5 Mrd €
Skandinavien-Durchschnitt	6,0 %	196,6 Mrd €	62,3 Mrd €

\* Bruttoinlandsprodukt 2017: rund 3,3 Billionen (3.277.340 Mio)

#### **BILDUNGS AUSGABEN 2017 in % der Gesamtausgaben des Staates\*** (Seite 4)

			Differenz
Deutschland	9,3 %	133,9 Mrd. €	
EU-Durchschnitt	10,2 %	146,8 Mrd €	12,9 Mrd €

\*Gesamtausgaben des Staates 2017: rund 1,4 Billionen (1.439,84 Mrd.)

Es müssen nach wie vor **größere Anstrengungen unternommen werden, um die große Investitionslücke ... bei Infrastruktur und Bildung zu schließen.** ... Investitionen in die öffentliche Infrastruktur werden nach wie vor durch Kapazitäts- und Planungsengpässe auf kommunaler Ebene gebremst (Seite 6 Seite 3).

Wachsende Studierendenzahlen, Lehrkräftemangel, Digitalisierung, Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung werden eine **angemessene öffentliche Finanzierung** erfordern (Seite 4).

Das Bildungssystem reagiert nur langsam auf die raschen Veränderungen am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft. Die Herausforderungen zur

- Verbesserung der Schulinfrastruktur
- Behebung des Lehrermangels

nehmen zu. Dies gibt angesichts des technologischen Wandels und des zunehmenden Mangels an qualifizierten Arbeitskräften Anlass zur Sorge (Seite 8).

#### **REGIONALE UNGLEICHHEIT / Sozialstruktur**

Aufgrund des demographischen Wandels gibt die Zukunft zu einigen Sorgen Anlass. Armut und Arbeitslosigkeit führen zu sozioökonomischen Herausforderungen für städtische Regionen mit

- stark differenzierten sozialen Strukturen
- großen Unterschieden zwischen Stadtteilen
- höheren Anteilen von Ausländern und Migranten (Seite 70).

### **CHANCENGLEICHHEIT / Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen!**

Die schwachen Ergebnisse für Kinder von gering Qualifizierten lassen Herausforderungen im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit erkennen. Eine stärkere Beteiligung von Kindern aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsstand an **hochwertigen Angeboten** für die frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung könnte dazu beitragen, diesen Kreislauf der Benachteiligung zu durchbrechen. Dies würde darüber hinaus für Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen (Seite 8, 56).

Das deutsche Bildungssystem muss Herausforderungen im Hinblick auf die Gewährleistung gleicher Bildungschancen bewältigen und **benötigt mehr Ressourcen und Investitionen**. ... Bei den Bemühungen um eine **Verringerung des Einflusses von sozioökonomischen Verhältnissen und Migrationshintergrund auf die Bildungsleistung gab es nur begrenzte Fortschritte** (S. 57).

Der sozioökonomische Hintergrund und/oder ein Migrationshintergrund wirken sich nach wie vor stark auf die Teilnahme am Bildungswesen und die Bildungsergebnisse aus. Aktuelle nationale Bildungsberichte zeigen, dass im Laufe der Zeit nur unzureichende Fortschritte erzielt wurden (S. 81/ 82).

### **REGIONALE UNGLEICHHEIT / kommunale Finanzkraft**

Bisher konnten die Bundesregierung und die Länder keine Einigung über eine Änderung des Grundgesetzes erzielen, die die Befugnis der Bundesregierung, finanzschwachen Gemeinden direkte finanzielle Unterstützung zu leisten, auf alle Gemeinden ausweiten würde (Seite 58).

Die derzeitige Gestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen bremst die öffentlichen Investitionen auf kommunaler Ebene. Die schlechte Abstimmung zwischen den auf den verschiedenen staatlichen Ebenen verfügbaren Ressourcen und den jeweiligen Investitionszuständigkeiten und die begrenzte Steuerautonomie der Länder und Gemeinden beschränken den Spielraum für öffentliche Investitionen (Seite 64).

*Excerpt, Hervorhebungen und Foto: Alfons Kunze*

*Berechnungen: Roland Moroff, Alfons Kunze 18.06.2019*



